

dfi analyse

Europa braucht eine politische Vision: neue Aufgaben für das deutsch-französische Tandem

– Seite 1

dfi information



Lorbeeren und wichtige Aufgaben für das Deutsch-Französische Institut (dfi): Festakt zum 60jährigen Bestehen mit einem Festvortrag des Bundespräsidenten – Seite 5

Ausstellung „Erbfeinde-Erbfreunde“ an der Katholischen Universität Eichstätt – Seite 6

Austauschprogramm der Robert Bosch Stiftung für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten geht in die zweite Runde – Seite 7

dfi service

Neuerscheinung: Von welchem Europa reden wir? – Seite 7

Französische Sommeruniversität in Leipzig – Seite 7

Neu: Literaturdienst Frankreich – Seite 8

Buchvorstellung: Europäische Werte – Seite 8

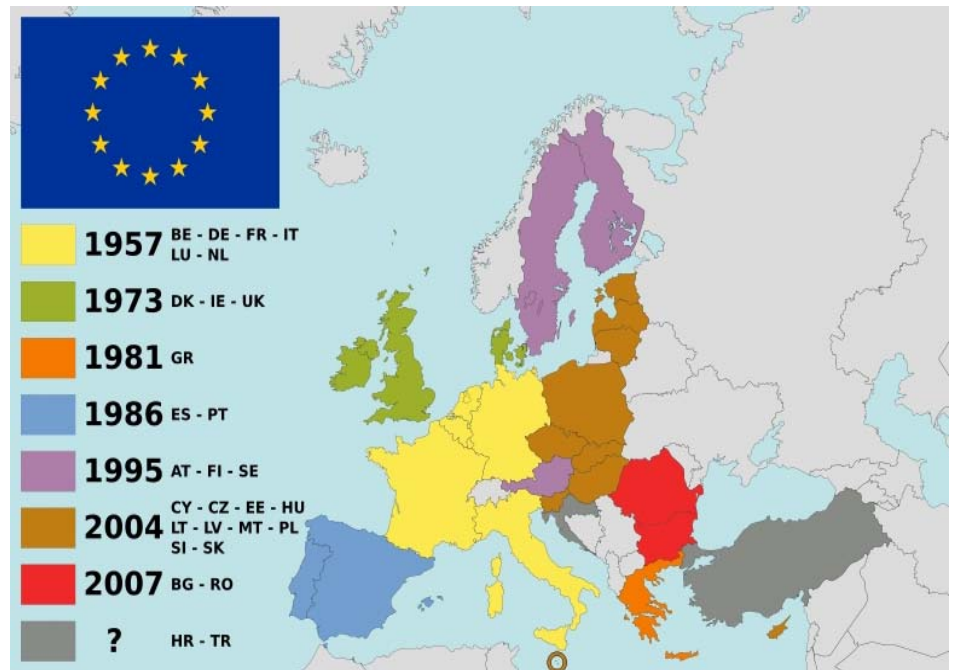
Deutsch-französischer „Master of European Governance and Administration“ – Seite 9

Neuerscheinung: Staat und Religion in Frankreich und Deutschland – Seite 9

Neu: Deutschland-Themenheft der Zeitschrift „L'Essentiel des relations internationales“

– Seite 9

Europa braucht eine politische Vision Neue Aufgaben für das deutsch-französische Tandem



Die zukünftige Gestalt der EU – ein wichtiger Bereich der deutsch-französischen Partnerschaft.
(Quelle: Wikimedia Commons/Júlio Reis)

dfi analyse Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben seit 2007 Anlass zu vielerlei, oft oberflächlichen Kommentaren gegeben, die sich über die beiden privilegierten Partner Gedanken machten, als der Vertrag von Lissabon ratifiziert wurde. Europa steht vor neuen Herausforderungen, die oft unzureichend definiert werden. Seine Zukunft wird weiterhin bestimmt von der Politik der beiden größten Mitgliedstaaten Kontinentaleuropas, die sich beide einer sich verändernden Welt gegenübersehen.

Deutsch-französisches Tandem: Kern des neuen Europa

Bei jedem Wechsel an der politischen Spitze stellt sich die Frage, was aus dem privilegierten Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich wird – so auch 2007 nach der Wahl von Nicolas Sarkozy. Nach einigen Monaten haben die beiden Regierungschefs zu einer engen Partnerschaft gefunden, die allein ihren Einfluss und ihre grundsätzlichen Interessen in Europa sichern kann.

Erneuerung in Frankreich: Nicolas Sarkozy sollte nicht aufgrund der oberflächlichen Wahrnehmungen beurteilt werden, die die Presse – auch und vor allem in Deutschland – verbreitet hat. Sein Eintreten für Europa ist real und von einer anderen Natur als das seiner Vorgänger. Er hat ein neues Engagement Frankreichs in Europa eingeleitet, das gleichzeitig natürlicher und ehrgeiziger ist als das der vorigen französischen Staatschefs. Seine Politik der inneren Reformen, die Frankreich zu lange vor sich hergeschoben hatte, wird sich positiv auf die europäische Wirtschaft auswirken und den deutsch-französischen Beziehungen neue Dynamik verleihen. Mit ihnen könnte die französische Wirtschaft eine Dynamik zurückgewinnen, die ihr heute fehlt. Das Problem der hohen Staatsausgaben, das ein wichtiger Grund für die gegenwärtige Wachstumsschwäche ist, wird heute öffentlich angesprochen. Die hyperaktive, ungewollte Diplomatie des neuen Präsidenten ist für Deutschland und die anderen

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

europäischen Partner eine gute Nachricht. Denn sie wendet sich – und das ist neu – in erster Linie an die neuen Mitgliedstaaten und ihre Nachbarn. Sie schließt auch die europäischen Instanzen wie die Kommission und das Europäische Parlament ein, die von Sarkozys Vorgängern weitgehend ignoriert worden waren. Trotz seines Stils, der zuweilen für Ärger sorgt, könnte der neue Präsident Reformen verwirklichen, die bislang unmöglich erschienen.

- Deutsche Gewissheiten:** Deutschland profitiert heute von den Reformen Gerhard Schröders, die von der Großen Koalition fortgeführt werden. Nach einer schwierigen Anfangsphase, die durch die Verletzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, durch eine hohe Arbeitslosigkeit und eine Wachstumsschwäche gekennzeichnet war, entfalten die Reformen heute ihre Wirkung. Deutschland profitiert davon und kumuliert hohe Handelsbilanzüberschüsse; die öffentlichen Finanzen sind wieder im Lot. Aber im nächsten Jahr stehen schwierige Wahlen an. Sollte erneut eine Große Koalition notwendig sein, droht ein Immobilismus, der sich nachteilig auf die europäische Integration auswirken könnte. Wie kann man, um ein Beispiel zu nennen, eine zukunftsorientierte europäische Energiepolitik konzipieren, die einen Bogen um die Kernkraft macht?

Auf diplomatischer Ebene hat Deutschland in den letzten Jahren mit Hilfe seiner Part-



Engagiert für Europa: Staatspräsident Nicolas Sarkozy. (Quelle: www.elysée.fr)

ner eine bemerkenswerte Rückkehr in das Konzert der Nationen vollzogen. Es ist in vielen internationalen Krisenherden militärisch präsent und in wichtige Verhandlungen involviert (Afghanistan, Iran, Russland, NATO), obwohl die öffentliche Meinung zurückhaltend ist und die Diplomatie sich noch sehr zaghaft zeigt. Dennoch: Dieses lobenswerte Engagement ist ein positiver Beitrag zur Entwicklung der internationalen Beziehungen.

- Eine turbulente, aber verlässliche**

Partnerschaft: Trotz aller industriellen Rivalitäten, die durch die Rückkehr deutscher Unternehmen in den neuen Sektoren (Luft- und Raumfahrt, Dienstleistungen) und unterschiedliche Produktionsstrukturen in beiden Ländern (Industrie – Dienstleistungen;



Engagiert für Europa: Bundeskanzlerin Angela Merkel (hier mit dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso). (Quelle: Wikimedia Commons)

öffentlich – privat) befördert werden, überwiegen doch die gemeinsamen Interessen. Beide Partner profitieren voll vom europäischen Binnenmarkt. Ihre Sozialmodelle sind einander ebenso ähnlich wie die Erwartungen beider Bevölkerungen oder ihre internen Probleme (Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, Inflation und Kaufkraft, Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerb, Energie). Ihre langfristigen Wirtschaftsinteressen sind identisch und könnten gemeinsames Handeln fördern, etwa im Bereich der Haushalts-, Steuer- oder Währungspolitik. Allerdings bestehen heute

gerade auf diesen Feldern Divergenzen, die bisher nur durch die Qualität der politischen Beziehungen überwunden werden konnten.

Im Gegensatz zu Urteilen, die leider immer weiter um sich greifen, bleibt das deutsch-französische Tandem unerlässlich für das gute Funktionieren der Europäischen Union. Es gibt keine Alternative zum deutsch-französischen Kern. Wenn Deutschland und Frankreich sich in einer wichtigen Frage nicht einig sind, ist eine europäische Entscheidung unmöglich. Das Tandem steht im Zentrum einer europäischen, konstruktiven und dauerhaften Mehrheitsbildung.

Aber das deutsch-französische Tandem sollte aktiver, einfallreicher und europäischer sein. Seine Arbeit ist zu sehr durch Routine und die Reaktion auf äußere Zwänge geprägt. Es widmet sich nicht genügend den großen Zukunftsthemen wie der globalen Wettbewerbsfähigkeit oder der weltweiten Diplomatie. Es tut sich schwer, sich systematisch und quasi-institutionell neuen Partnern wie Polen zu öffnen oder sich mit schwierigen Partnern wie Großbritannien auseinanderzusetzen.

Der Europäischen Union fehlt es an politischer Führung. Deshalb erwartet sie, dass sich das deutsch-französische Tandem weniger als turbulent und stärker als Motor in den europäischen Debatten erweist. Die Unterschiede im Stil zwischen Kanzlerin und Präsident sind offenkundig; damit

Fortsetzung Seite 3



Eine der Herausforderungen für die zukünftige deutsch-französische Kooperation: die Ausarbeitung einer effektiven europäischen Sicherheitspolitik.
(Quelle: www.eurocorps.net)

Fortsetzung von Seite 2

erhöht sich die Komplementarität zwischen beiden. Nie waren die grundlegenden, langfristigen Interessen beider Länder so ähnlich. Es ist an der Zeit, dass sie mit mutigen Vorschlägen für neue Politikfelder die europäischen Zügel in die Hand nehmen. Denn die Herausforderungen, vor denen Europa steht, stellen beide Länder ins Zentrum der europäischen Debatten.

Die Herausforderungen für die EU nach dem Lissabon-Vertrag

Nachdem die institutionellen Fragen dank einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit geregelt worden sind (weder Deutschland noch Frankreich hätten dies alleine schaffen können), muss sich die Union nun mehr nach außen orientieren. Denn die Erwartungen an die EU sind hoch: an ihren Grenzen, aber auch auf globaler Ebene aufgrund der neuen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Entwicklung. Die EU ist mit 21% der weltweiten Wirtschaftsleistung eine der reichsten Regionen und außerdem die stärkste Handelsmacht. Aufgrund ihres friedlichen Integrationsmodells und ihrer Werte zieht sie Interesse und Aufmerksamkeit auf sich. Sie kann sich damit den Fragen ihrer Grenzen, ihrer Außen- und ihrer Sicherheitspolitik nicht entziehen.

Europäische Identität – Werte und Grenzen:

Lange Zeit diente die Erweiterungspolitik als Ersatz für die Außenpolitik der Union gegenüber ihren Nachbarn. Nun nähert sich die EU dem Ende ihres Erweiterungsprozesses; allein die westlichen Balkanstaaten dürften noch aufgenommen wer-

den. Die Türkei wirft die Notwendigkeit auf, besondere Beziehungen der Union zu ihren Nachbarstaaten (Türkei, Ukraine, Russland) bzw. Staatengruppen (Maghreb, Afrika, Zentralasien) zu entwickeln.

Im Kern geht es um die Identität Europas. Diese muss durch das Bekenntnis zu Werten gefestigt werden, die auch gelebt werden: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Rechte der Frauen, Toleranz, Unabhängigkeit der Justiz, Respekt der Religionen; ferner durch Grenzen, die festgelegt werden, um bei den Europäern den Stolz zu wecken, einer friedlichen Union unabhängiger, aber solidarischer Nationen anzugehören, die ihrer Stimme in der Welt Gehör verschaffen wollen.

- Nachbarn:** An ihren Grenzen sieht sich die Union komplizierten Situationen gegenüber, in erster Linie infolge der Rückkehr Russlands (das seine imperialen und nationalistischen Merkmale nicht abgelegt hat) auf die internationale Bühne; es müssen mit Russland stabile und normalisierte Beziehungen hergestellt werden. Andere Staaten wie die Türkei, die Ukraine oder in Zentralasien sind noch nicht stabilisiert und benötigen die Hilfe der Union in einem offenen Dialog. Schließlich kann die Union nicht akzeptieren, dass sich an ihren Grenzen Armuts- und Konfliktzonen bilden, die sie – über massive Migrationsströme, dauernde Konflikte oder ungelöste Probleme – destabilisieren könnten.

Die bisherige europäische „soft power“ wird nicht ausreichen, wenn sich die Union in diesen Gebieten engagiert. Dieses unerlässliche Engagement muss politischer, ent-

schlossener und effizienter werden. In dieser Perspektive darf die von Nicolas Sarkozy angestoßene Union für das Mittelmeer nicht karikiert werden, wie dies geschehen ist. Denn sie beruht auf einer zutreffenden Analyse. Ihre Ausarbeitung muss Gegenstand eines starken politischen Engagements der Union sein.

- Eine Welt der Ungewissheiten:** Der neue Zustand der Welt zwingt die Union auch, sich den neuen weltweiten Fragen zu stellen. Dies betrifft Fragen wie die Umwelt, die Energieversorgung, die Armut und die Entwicklung, aber auch die Verbreitung von Kernwaffen, ethnische Konflikte oder den Welthandel. Der Aufstieg neuer Staaten mit kontinentalen Dimensionen ist eine neue Herausforderung für die Union. Wird sie zu einem stärkeren Zusammenschluss fähig sein? Werden die Mitgliedstaaten akzeptieren, zusätzliche Teile ihrer Souveränität an die Ebene der Union abzugeben, und mit welchen Zielen?

Die Frage einer europäischen Verteidigung oder Außenpolitik ist gestellt. Der Vertrag von Lissabon eröffnet neue Möglichkeiten, sie voranzutreiben. Allerdings müssen dafür auch die neuen Realitäten der Weltpolitik wahrgenommen werden. Die Verteidigungsausgaben haben sich weltweit innerhalb von zehn Jahren verdoppelt. Wird Europa abseits stehen und zur reifen Frucht werden, die den großen weltweiten Akteuren in die Hände fällt? Kann sie sich mit der Allianz mit den USA begnügen, die ihrerseits große Probleme mit ihrer früher unangefochtenen politischen Führungsrolle haben?

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Die Union muss aus eigener Kraft existieren, natürlich mit ihren Alliierten und Partnern, aber auch mit der Fähigkeit, aus sich selbst heraus zu agieren.

Deutsch-französische Aufgaben

Als wichtigste Staaten des Euroraums müssen sich Deutschland und Frankreich all diesen neuen Herausforderungen der Union stellen und dabei eine Vision entwickeln, die stärker als bisher politisch, strategisch und voluntaristisch ist. Ohne gemeinsamen politischen Willen beider Staaten, der den anderen Partnern gegenüber offen ist und von ihnen mitvollzogen werden kann, wird die Union nicht die nötige Energie aufbringen, um ihre Zukunft zu sichern.

- Die Rolle der Union – weltweit und an ihren Grenzen:** Die Frage der Grenzen muss von der Union gestellt und gelöst werden, denn sie kann nicht in ihrem gegenwärtigen Schwebezustand verharren. Nur die Mitgliedstaaten können die Frage stellen und eine gültige Antwort geben, während die europäischen Institutionen es nicht wagen, sich in dieser Frage zu exponieren. Gleiches gilt für die Außenpolitik und die Realisierung einer wirklichen europäischen Verteidigung. Es wäre eine für das europäische Projekt schädliche Flucht aus der Verantwortung, wollte man den Aufbau solcher neuer Politiken alleine den institutionellen Mechanismen der EU überlassen. Die Kommission kann nicht alleine eine Außenpolitik oder einen Markt für die Rüstungsindustrie definieren, ebenso wenig wie sie neue Politikfelder konzipieren und steuern kann. Im

Vertrag von Lissabon fallen diese Gebiete in die Zuständigkeit des Rates, dessen Status aufgebessert ist und der künftig einen konstruktiven Dialog mit einem ebenfalls aufgewerteten Europäischen Parlament führen kann. So kann eine wirkliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erarbeitet werden, die im Übrigen bereits jetzt von der europäischen Öffentlichkeit befürwortet wird.

- Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit für die Europäer:** Lange Zeit hat sich die Union ohne explizite Zustimmung der Bevölkerungen entwickelt. Dies ist aber künftig notwendig, um die europäische Integration erfolgreich fortzusetzen. Die neuen Institutionen bieten demokratischere Entscheidungsverfahren. Die Mitgliedstaaten müssen stärker als bisher den Weg über diese Institutionen gehen und stolz auf diese Institutionen sein. Es ist wichtiger denn je, die Zugehörigkeit zur Union aufzuwerten, sowohl durch Symbole als auch durch Ergebnisse der Politik. Während man allenthalben eine Rückkehr des Nationalen beobachtet, die durchaus in einen Wiederaufstieg des Nationalismus münden kann, müssen unsere Regierungen den Nutzen Europas überzeugender als bisher hervorheben. Die Entwicklung neuer Politiken in den Bereichen, in denen die Union sich behaupten will, muss offener als bisher erfolgen. Schließlich muss die Union, insbesondere durch das deutsch-französische Beispiel, aufzeigen, dass sie die Herausforderung der verstärkten weltweiten Konkurrenz annimmt. Europa braucht diesen Wettbe-

werb nicht zu fürchten, aber es muss sich besser organisieren, um ihn anzunehmen, vor allem was die notwendige Umstrukturierung bestimmter Wirtschaftszweige und die Anpassung der Sozialpolitiken betrifft.

- Eine wirkliche politische Vision für Europa:** Deshalb ist eine wirklich politische Vision Europas notwendig. Lange Zeit war die europäische Einigung ein Traum. Dieser ist nunmehr weitgehend zur Wirklichkeit geworden, auch wenn seine Vollendung noch viele Anstrengungen erfordern wird (Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen, Schaffung europäischer Regulierungsinstanzen usw.). Die Union darf deshalb aber nicht eine zusätzliche bürokratische Erfahrung werden. Sie muss die privilegierte Ebene bleiben, auf der die langfristigen Interessen des Kontinents definiert, berücksichtigt und gefördert werden. Die derzeitigen europäischen Instanzen sind dafür nicht geeignet. Die Kommission kann nicht alleine diese Interessen bestimmen, die die Souveränität der Staaten betreffen, auch wenn es sich heute um eine geteilte Souveränität handelt. Die Staaten müssen ihre Mitgliedschaft in der Union besser hervorheben, um das langfristige Interesse gegenüber kurzfristigen politischen Motiven zu privilegieren. Eine wirkliche politische Vision der Union ist notwendig. Dies ist das einzige Mittel, damit die Union ihre Funktionsweise verbessern und sich stärker in der Welt behaupten kann.

Deutschland und Frankreich haben dabei eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon. Die politische Vision, deren Träger sie sein sollten, erfordert eine wirkliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Zeit ist gekommen, um neue Fortschritte in diesen traditionellen Bereichen der nationalen Souveränität zu erzielen. Entweder werden unsere beiden Länder ein gemeinsames Engagement unter Beweis stellen, oder die Union wird auf der Stelle treten. Die unbestrittenen Erfolge der wirtschaftlichen Integration rufen jetzt nach einer Konkretisierung des politischen Europa, so wie es die Gründerväter der EU erhofft hatten. Der neue Schwung für die Integration, den die Welt des 21. Jahrhunderts erfordert, kann von Frankreich und Deutschland ausgehen – und wahrscheinlich nur von ihnen allein.

Zur Person

Jean-Dominique Giuliani, geb. 1956, war hoher Beamter in verschiedenen Funktionen, unter anderem als Directeur du cabinet des früheren Senatspräsidenten René Monory. Er ist Gründer und Leiter eines internationalen Consulting-Unternehmens und seit 2000 Präsident der Robert-Schuman-Stiftung (Fondation Robert Schuman) in Paris, einem der angesehensten französischen Think tanks, der sich ausschließlich Fragen der europäischen Politik wid-



met. Seine neueste Veröffentlichung, das im Mai erschienene Buch „Un Européen très pressé“ (Editions du Moment, Paris 2008), ist eine präzise und umfassende Analyse der europapolitischen Konzeptionen und Handlungsansätze des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

Jean-Dominique Giuliani.
(Quelle: Fondation Robert Schuman)

Jean-Dominique Giuliani

jd.giuliani@robert-schuman.org

Lorbeeren und wichtige Aufgaben für das Deutsch-Französische Institut

Festakt zum 60jährigen Bestehen mit einem Festvortrag des Bundespräsidenten



Gäste und Gastgeber beim Festakt aus Anlass des 60jährigen Bestehens des dfi: Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler (3. von links) mit Gattin, der Staatsminister im Auswärtigen Amt Günther Glosier (1. von links), der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (3. von rechts), der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg Werner Spec (1. von rechts), dfi-Präsident Erwin Teufel (Mitte) und dfi-Direktor Prof. Dr. Frank Baasner (2. von rechts). (Quelle: dfi/ Werner Kuhnle)

Wo die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich konzipiert und gestaltet werden, ist auch das Deutsch-Französische Institut. Dieser Gedanke spielte beim Festakt zum 60jährigen Bestehen des dfi eine wichtige Rolle. Rund 1.000 geladene Gäste, darunter zahlreiche Ehrengäste aus beiden Ländern, waren dazu am 31. Mai 2008 nach Ludwigsburg gekommen.

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler sprach in seinem Festvortrag von den Herausforderungen der Globalisierung und stellte fest: „Ich begrüße es sehr, dass das Deutsch-Französische Institut dazu einen intensiven Meinungsaustausch zwischen Experten in unseren beiden Ländern organisiert.“ Für das Land versicherte Ministerpräsident Günther Oettinger, dass Baden-Württemberg dauerhaft ein Partner für das dfi sein will, denn „dieses Institut tut sehr viel dafür, dass Deutschland und Frankreich enge Freunde geworden sind“. Vom „Gegeneinander über ein Nebeneinander zum Miteinander“ hatte zuvor der Präsident des dfi, Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel in seiner Begrüßungsrede gesprochen, mit Blick auf die Gründungsväter Carlo Schmid und Theodor Heuss, Alfred Grosser und Joseph Rován.

Der französische Ehrengast der Feier, Nicolas Bavarez, betrachtete seine Rede als „Ansprache eines einfachen französischen Bürgers an den Bundespräsidenten“. Die Globalisierung ist für ihn positiv besetzt, weil sie die Modernisierung beschleunigt. Gemeinsames europäisches

Handeln ist für ihn die beste Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Als überzeugter Europäer setzt Bavarez große Hoffnungen in den neuen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und seine Ankündigungen, Frankreich

tief greifend zu reformieren. Er sieht ihn als denjenigen an, der es schaffen könnte, die traditionell engen Bindungen zwischen politischer Elite, Bürokratie und Gewerkschaften zu lösen, auch wenn der große Durchbruch sicher Zeit benötigen wird.



Beim Empfang im Anschluss an den Festakt hatten die Gäste Gelegenheit zum direkten Kontakt mit dem Bundespräsidenten.

(Quelle: dfi/Werner Kuhnle)

Im Sommer 1948, noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland, war in Ludwigsburg ein neues Kapitel in der deutsch-französischen Verständigung aufgeschlagen worden. Der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, und weitere engagierte Demokraten wollten eine Plattform des deutsch-französischen Dialogs schaffen, um die friedliche Zukunft Europas mit zu gestalten. Unter wohlwollender Begleitung durch die französischen Widerständler Joseph Rován und Alfred Grosser hatten sie am 1. Juli 1948 das dfi gegründet. Die Aufgaben des Instituts haben an Aktualität nichts verloren. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist in allen Bereichen so intensiv wie nie zuvor, aber deshalb keines-

Fortsetzung Seite 6

Ausstellung „Erbfeinde-Erbfreunde“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Die vom dfi konzipierte und von der Dr. Karl Eisele & Elisabeth Eisele Stiftung geförderte Ausstellung „Erbfeinde-Erbfreunde – die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur“ wurde mit einer interdisziplinären Konferenz am 21. April in der Zentralbibliothek in Eichstätt eröffnet. Nach einleitenden Erläuterungen des Politikwissenschaftlers und Frankreich-Experten, Prof. Dr. Klaus Schubert (Katholische Universität Eichstätt Ingolstadt), betrachteten die Referenten die deutsch-französischen Beziehungen aus literatur- und politikwissenschaftlicher Perspektive.

Der Romanist Prof. Dr. Winfried Wehle (KU) stellte in seinem Vortrag der politischen Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg eine



Führte ein in das Thema der interdisziplinären Konferenz zum Thema der Ausstellung: Prof. Dr. Klaus Schubert. (Quelle: KU Eichstätt-Ingolstadt)

zunehmende Entfremdung in den Literaturbeziehungen gegenüber. Diese zeigte er anhand der rückläufigen Zahl der Übersetzungen. Der Politikwissenschaftler und stellvertretende Direktor des dfi, Prof. Dr. Henrik Uterwedde, ging den politischen Beziehungen auf den

Grund und fragte nach Nähe, Fremdheit und Wahrnehmungsmustern im deutsch-französischen Verhältnis. Abschließend führte Sebastian Nix, Leiter der Frankreich-Bibliothek des dfi, in die Ausstellung ein.

Studierende des deutsch-französischen integrierten Studiengangs Politikwissenschaft, vom Europastudiengang sowie weitere Studierende der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät waren ebenfalls an dem Ausstellungsprojekt beteiligt. Im Rahmen einer Exkursion nach Ludwigsburg am 18. April lernten sie nicht nur das dfi kennen, sondern recherchierten in der Frankreich-Bibliothek auch die Hintergründe der Ausstellung. Dabei spielten insbesondere die Geschichte des vor 60 Jahren gegründeten Instituts und die Rede Charles de Gaulles an die Jugend im Schloss von Ludwigsburg im Jahr 1962 eine wichtige Rolle. Stellvertretend präsentierten Studierende der beteiligten Fakultäten ihre Rechercheergebnisse im Rahmen der Ausstellungseröffnung.

Die Ausstellung war bis zum 16. Mai in Eichstätt zu sehen und konnte vom 27. Mai bis zum 20. Juni in den Räumlichkeiten des „Centre de documentation et d'information“ (CDI) des [Gymnasiums Kreuzgasse](#) in Köln besichtigt werden.

Christina Kreimer
(Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Der Leiter der Frankreich-Bibliothek des dfi, Sebastian Nix, im Gespräch mit einer Journalistin (Quelle: KU Eichstätt-Ingolstadt).



Festakt zum 60-jährigen Bestehen des dfi

Fortsetzung von Seite 5
wegs ein Selbstläufer. Die beiden Gesellschaften bleiben sehr unterschiedlich, die politischen Systeme sind geradezu konträr. Erfolgreiche Zusammenarbeit erfordert nüchterne Analyse, viel Erfahrung und gute Beratung. Die vergleichenden Analysen, die umfangreiche Bibliothek und die Beratungskompetenz des dfi sind auch in Zukunft die Grundlagen seiner Arbeit.

Zu den aktuellen Themen gehören die vergleichende Analyse der Integrationspolitik, die

Stadtentwicklung in beiden Ländern sowie die Position der bilateralen Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Dies vor dem Hintergrund, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft die beiden Schlüsselländer für die politische Entwicklung in Europa sein werden.

Brigitte Veit veit@dfi.de



Präsentierte in seinem Festvortrag eine scharfsinnige Analyse der Herausforderungen, denen Frankreich und Deutschland in einer globalisierten Welt gegenüberstehen: der französische Historiker und Jurist Dr. Nicolas Baverez. (Quelle: dfi/Werner Kuhnle)

Austauschprogramm der Robert Bosch Stiftung für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten geht in die zweite Runde

Das Nachwuchsjournalistenprogramm, das 2007 als Pilotprojekt gestartet ist (vgl. dfi aktuell 1/2008 und 4/2007), wird 2008 weitergeführt. Je zehn deutsche und französische Nachwuchsjournalisten machen bei dem Programm mit. Eine deutsch-französische Jury hatte sie unter den Kandidaten ausgesucht, die von den zehn anerkannten Journalistenschulen in Frankreich sowie ausgewählten Journalistenschulen, Hochschulen, Sendeanstalten und Zeitungsredaktionen in Deutschland vorgeschlagen worden waren. Gute bis sehr gute Kenntnisse der Sprache des anderen Landes waren die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme.

Medien spielen bei der Vermittlung von Informationen, Bildern und Vorstellungen über

andere Nationen eine Schlüsselrolle. Mit dem Programm der Robert Bosch Stiftung sollen deutsche und französische Nachwuchsjournalisten, die noch in Ausbildung oder Berufsanfänger sind, in direkten Kontakt mit dem Nachbarland treten.

Robert Bosch Stiftung

Eigene Erfahrung der heutigen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit soll es den Teilnehmern ermöglichen, diese Kenntnisse in den beruflichen Werdegang mitzunehmen und in Zukunft differenziert und mit eigenen Kontakten ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Teilnehmer sollen über die Jahre hinweg in einem Netzwerk Kontakt halten und so eine Gruppe

von frankreich- bzw. deutschlanderfahrenen Journalisten werden.

Die französischen Teilnehmer werden für eine Woche zu einem Seminar nach Berlin und die deutschen Teilnehmer für eine Woche zu einem Seminar nach Paris fahren. Vorträge von erfahrenen Praktikern und Wissenschaftlern sowie Diskussionsrunden wechseln mit Besuchen von Institutionen und praktischen Aufgaben. Jeder Teilnehmer absolviert ein mehrwöchiges Praktikum bei einem Medium (Print, Radio, Online oder Fernsehen) im Nachbarland. Zum Abschluss des Programms kommen alle Teilnehmer zu einem dreitägigen gemeinsamen Seminar in Straßburg zusammen. Das Seminar dient dem Austausch von Erfahrungen und dem Aufbau von grenzüberschreitenden Kontakten für das Journalisten-Netzwerk.

Brigitte Veit veit@dfi.de

dfi service

Neuerscheinung: Von welchem Europa reden wir?

Auch vier Jahre nach der großen Erweiterungsrunde der EU ist im allgemeinen Bewusstsein der Bürger aber auch der „Europaexperten“ noch nicht die Erkenntnis angekommen, dass die traditionellen Beschreibungen des Projekts der europäischen Integration, wie sie in den Nachkriegsjahrzehnten in den „alten“ westlichen Mitgliedstaaten entwickelt wurden, nicht unverändert fortgeführt werden können. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen

Staaten sind und bleiben nicht nur sozial und ökonomisch erheblich, sondern die gesamte Konzeption dessen, was Europa bedeuten soll, divergiert von Land zu Land – insbesondere zwischen den mittelosteuropäischen Staaten und den westeuropäischen Mitgliedern. Daher ist es für eine gehaltvolle Diskussion um Europas Zukunft unerlässlich, genauere Kenntnisse über die jeweils spezifischen narrativen Muster zu erlangen, die bei der Rede von Europa in Politik und Öffentlichkeit prägend sind. In zwölf Beiträgen werden in diesem Band die Europa-Diskurse in einzelnen Mitgliedstaaten untersucht, weitere Beiträge fragen nach einzelnen Aspekten der französischen Europadebatte, nach dem Verhältnis zur Türkei und nach der Selbstbeschreibung der Europäischen Union. Eine Analyse der Europadiskurse in der Öffentlichkeit der USA schließt den Band ab.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Baasner, Frank (Hrsg.): Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europa-Diskurse. – Baden-Baden: Nomos, 2008. – 240 S., 33 Euro. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim [Verlag](#).

Französische Sommeruniversität in Leipzig

Weiterbildung in französischer Sprache und Kultur – das ist das Ziel der Französischen Sommeruniversität am Frankreich-Zentrum der Universität Leipzig. Vom 25. August bis zum 5. September 2008 können Abiturienten, Studenten, Berufstätige und alle an Frankreich Interessierten Ihre Französischkenntnisse verbessern und dabei die französische Musikkultur kennen lernen.



Die Teilnehmer der 16. Französischen Sommeruniversität erwarten neben insgesamt 40 Stunden Intensivsprachkurs auch Workshops, Vorträge und Diskussionsrunden mit französischen Wissenschaftlern und Praktikern aus der Musikbranche. Ein vielseitiges kulturelles Rahmenprogramm mit Konzerten, Filmabenden und Stadtführungen in der Musikstadt Leipzig rundet das Programm ab.

Das gesamte Programm wird in französischer Sprache absolviert. Die Anmeldung ist bis zum 20. Juli 2008 möglich. Nähere Informationen unter www.uni-leipzig.de/~frzsouni.

Hannah Kabel frzsouni@uni-leipzig.de



Neu: Literaturdienst Frankreich

Aktuelle bibliographische Informationen sind unentbehrlich für jede Form wissenschaftlicher Arbeit, aber auch für alle, die sich zeitnah über aktuelle Entwicklungen informieren wollen. Die Frankreich-Bibliothek bietet aus diesem Grund seit 1990 den „Literaturdienst Frankreich“ an. Diese Publikationsreihe informiert laufend über Neuerscheinungen zu den französischen Außenbeziehungen, den deutsch-französischen Beziehungen und zu Fragen der französischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nachgewiesen sind darin Bücher, monographische Darstellungen, Zeitschriftenaufsätze, Buchaufsätze, Reports, Amtsdruckschriften und „graue Literatur“. Der weitaus überwiegende Teil dieser Publikationen ist im Bestand der Frankreich-Bibliothek vorhanden.

Im April 2008 ist die neue Ausgabe der Reihe A des „Literaturdienstes Frankreich“ erschienen. Sie weist Neuerscheinungen zur französischen Außenpolitik und den deutsch-französischen Beziehungen nach. Der Schwerpunkt liegt dabei auf folgenden Themenfeldern: politische Beziehungen, Wirtschaftsbeziehungen, Kulturbeziehungen sowie Beziehungen unterhalb der Regierungsebene. Neuerscheinungen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Literatur über Frankreich stehen dagegen im Mittelpunkt der Reihe B des „Literaturdienstes Frankreich“, die im Oktober erscheint.

Beiden Reihen liegen auf CD-ROM vor. Diese enthält den gesamten Text des Literaturdienstes in verschiedenen gängigen Dateiformaten

Literaturdienst Frankreich Reihe A: Französische Außenbeziehungen; deutsch-französische Beziehungen. – Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Nr. 18 [1.3.2007-29.2.2008], April 2008. – CD-ROM. Bestellungen [direkt beim dfi](#).

(Word, Rich Text Format, PDF). Außerdem steht eine besonders komfortabel über herkömmliche Internet-Browser zu bedienende Fassung des Literaturdienstes zur Verfügung. Sofern nachgewiesene Dokumente im Internet verfügbar sind, wird außerdem eine direkte Verlinkung zum Volltext angeboten.

Zu beziehen ist der „Literaturdienst Frankreich“ direkt bei der Frankreich-Bibliothek. Die Preise (einschließlich Porto):

- Reihe A: 11,50 Euro (9 Euro für Institutsmitglieder);
- Reihe B: 12,50 Euro (10 Euro für Institutsmitglieder).

Ältere Ausgaben beider Reihen des „Literaturdienstes Frankreich“ können außerdem unentgeltlich im [Internetangebot des dfi](#) konsultiert werden.

Sebastian Nix nix@dfi.de

Buchvorstellung: Europäische Werte

Unter dem Titel „Europäische Werte: ein Bildungsprojekt für Jugendliche“ ist jüngst eine als Loseblattsammlung konzipierte, zweisprachige (Deutsch und Französisch) Materialsammlung erschienen.

Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren und Multiplikatoren. In fünf thematischen Modulen werden, angelehnt an die Grundrechtscharta der Europäischen Union, die Werte „Gleichheit“, „Demokratie“, „Freiheit“, „Menschenrechte“ und „Rechtsstaatlichkeit“ behandelt. Kurze Texte führen jeweils in das Thema ein und werden ergänzt durch modulbezogene Übungen, für die wiederum auf einer begleitenden CD-ROM Materialien angeboten werden. Ein sechstes Modul enthält Vorschläge für praktische Übungen zur Vertiefung

aller angesprochenen Themen in größeren Seminareinheiten.



Die Sammlung ist entstanden aus einem Kooperationsprojekt der Asko Europa-Stiftung, der Europäischen Akademie Otzenhausen gGmbH, dem Forum Europa e.V. und der Stiftung Forum Europa.

Sebastian Nix nix@dfi.de

Asko Europa-Stiftung ... (Hrsg.): Europäische Werte: ein Bildungsprojekt für Jugendliche; Handbuch für Multiplikatoren = Les valeurs européennes. – Schwalbach/Ts. : WochenschaU-Verl., 2008. – 240 S. + 1 CD-ROM, 39 Euro. Signatur in der Frankreich-Bibliothek: YC 460.EURO.

Deutsch-französischer „Master of European Governance and Administration“

Am 1. Oktober 2008 beginnt das 4. deutsch-französische Programm „Master of European Governance and Administration“/ „Master Européen de Gouvernance et d'Administration“ (MEGA).



Das MEGA-Programm richtet sich an angehende Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung oder der Privatwirtschaft, wird durch die deutsche und französische Regierung gefördert und durch die Universität Potsdam und die Ecole Nationale d'Administration (ENA) akademisch koordiniert. Das MEGA-Programm verbindet

verwaltungswissenschaftliche und managementorientierte Weiterbildung mit praxisorientierter Vorbereitung auf europäische Aufgaben. Das MEGA-Programm wird seit 2005 in enger Partnerschaft des Bundesministeriums des Innern (BMI)/Bundesakademie für Öffentliche

Verwaltung (BAKÖV), des französischen Ministeriums für Budget, öffentlichen Haushalt und den öffentlichen Dienst, der Universität Potsdam, der ENA, der Université de Paris I („Sorbonne“), der Humboldt-Universität zu Berlin, der Université Robert-Schuman in Straßburg sowie von Sciences Po Paris durchgeführt.

Weitere Informationen unter
<http://www.mega-master.eu/>

Thomas Gebhardt/Sonia Seibel-Béchéaz
 (Universität Potsdam)

Neuerscheinung: Staat und Religion in Frankreich und Deutschland

Die Frage des Verhältnisses von Staat und Religion hat sich in Deutschland und Frankreich in den letzten Jahren in ähnlich dramatischer Form neu gestellt. Die Diskussionen um religiöse Symbole in der Öffentlichkeit, namentlich um den islamischen Schleier an öffentlichen Schulen, sind dabei nur Symptome einer grundlegenden Verunsicherung angesichts der Rückkehr der Religion, so scheint es.

Die Beiträge in diesem Sammelband beleuchten das Thema aus der Perspektive verschiedener Disziplinen. Es werden sowohl historische Stationen als auch theoretische Grundlagen



Heidenreich, Felix/Merle, Jean-Christophe/Vogel, Wolfram: *Staat und Religion in Frankreich / L'Etat et la religion en France et en Allemagne*. – Berlin: LIT, 2008. – 245 S., 24,90 Euro. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim [Verlag](mailto:dfi-paris@dfi.de).

und empirische Befunde behandelt und in eine deutsch-französische Perspektive gerückt.

Wolfram Vogel dfi-paris@dfi.de

Neu: Deutschland-Themenheft der Zeitschrift „L'Essentiel des relations internationales“

Auf dem vielfältigen französischen Zeitschriftenmarkt existiert seit einiger Zeit ein neues Magazin, das sich mit den wesentlichen Fragen der internationalen Beziehungen befasst. Es erscheint alle zwei Monate mit einem Schwerpunktthema.

Die letzte Ausgabe (Nr. 19, April/Mai 2008) widmet sich Deutschland. Neben einem Exklusivinterview mit der Bundeskanzlerin – dem ersten in der französischen Presse – behandeln die Beiträge der dfi-Mitarbeiter Henrik Uterwedde und Wolfram Vogel



die neue deutsche Wirtschaftsdynamik sowie eine erste Bilanz der deutsch-französischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Nicolas Sarkozy.

Wolfram Vogel
dfi-paris@dfi.de

L'essentiel des relations internationales, Nr. 19, April/Mai 2008. ISSN 1767-6398.

Termine

5. – 6. Juni

10. Deutsch-Französischer Dialog zum Thema „Nachhaltige Entwicklung – Ein neuer Imperativ für Europa?“; Otzenhausen

19. – 20. Juni

Deutsch-französisch-belgisches Kolloquium (Bürgermeisterkonsultationen) zum Thema „Die Kommunen vor der Herausforderung einer kulturell diversifizierten Stadtgesellschaft“; Stuttgart

26. – 28. Juni

Jahrestagung des dfi zum Thema „Frankreich in Europa“; Ludwigsburg

30. Juni – 6. Juli

Seminar für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten; Berlin

Hannelore Braun braun@dfi.de

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
 Asperger Straße 34
 D-71634 Ludwigsburg
 Tel +49 (0)7141 93 03 0
 Fax +49 (0)7141 93 03 50

www.dfi.de
info@dfi.de

Redaktion: Sebastian Nix
 Verantwortlich für den Inhalt:
 Prof. Dr. Frank Baasner